S P D – FRAKTION im Rat der Gemeinde Marienheide

Der Vorsitzende
Wilfried Fernholz
Am Rohbusch 6
51709 Marienheide

Marienheide, 04.02.2010

Herrn Bürgermeister
Uwe Töpfer
Hauptstraße 22
51709 Marienheide

Beschlüsse der SPD-Fraktion im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die SPD-Fraktion hat im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2010 folgende Beschlüsse gefasst:

1. Antrag zur Straßenreinigung in der Gemeinde Marienheide

   Die steigenden Gebühren für den Kehrdienst nehmen wir zum Anlass, die bestehende Struktur hinsichtlich des Umfangs und des Rhythmus zu überprüfen. Insbesondere sind auch die Möglichkeiten zu bedenken, ob nicht die Reinigungspflicht auf Anlieger – vor allem in den Außenorten- übertragen werden kann.

   Der Rat beauftragt die Verwaltung, alternative Lösungsmöglichkeiten im Sinne der o.a. Begründung für den Kehrdienst mit dem Ziel zu entwickeln, die Gebührenlast für die Grundstückseigentümer zu senken und die Erkenntnisse beim Abschluss eines neuen Reinigungsvertrages einfließen zu lassen.

2. Umrüstung der Ampelanlagen im Ort für Sehbehinderte

   Anregungen von hochgradig Sehbehinderten greifen wir auf, um zu beantragen, dass die Verwaltung beauftragt wird, mit dem Straßenbaulastträger zu verhandeln, dass die im Ort vorhanden Ampeln sehbehinderten gerecht aufgerüstet werden.

3. Möglichkeiten zur Verbesserung der Verkehrssituation und der Parksituation im oberen Teil der Klosterstraße

   Mit dem Bau des neuen Gemeindezentrums der katholischen Kirchengemeinde fällt der Parkplatz Klosterstraße ersatzlos weg. Es ist davon auszugehen, dass verstärkt auf der Straße zum Kindergarten Heier Strolche geparkt werden wird. Da aber schon jetzt durch das Bringen und Abholen der Kinder häufig kritische Verkehrssituationen entstehen und durch die geplante Erweiterung des Kindergartens die Frequentierung noch zunehmen wird, bitten wir den Rat, die Verwaltung zu beauftragen, nach verkehrsregelnden Maßnahmen zu suchen, die geeignet sind, die Gefährdungen der Verkehrsteilnehmer in diesem Bereich der Klosterstraße zu verringern.

4. Trotz kritischer Durchsicht des von der Verwaltung aufgestellten Haushaltsplanes 2010 und der sorgfältigen Überprüfung des gesamten Leistungsangebotes der Gemeinde konnten wir bei unseren Beratungen kein weiteres Einsparpotential finden, das vor dem Hintergrund der Pflicht zur gesetzlichen Aufgabenerfüllung verantwortbar gewesen wäre.

   Wegen des bekannten Ausmaßes der Überschuldung unserer Gemeinde erscheint es uns geboten, mit der Verabschiedung des Haushalts 2010 ein gemeinsames Zeichen aller im Rat vertretenen Fraktionen in Form einer Resolution an alle Stellen und Politiker, die für die Einnahmen und Ausgaben unserer Gemeinde ein hohes Maß an Mitverantwortung haben, zu setzen.

   Resolutionsvorschlag

   Wir, die Mitglieder des Rates der Gemeinde Marienheide, haben heute zum letzten Mal einen Haushalt beschlossen, der noch Eigenkapital ausweist. Im nächsten Jahr wird die Situation eintreten, dass die Passivseite unserer

Bilanz nur noch Schulden darstellt. Auch ist dem zugehörigen Haushaltssicherungskonzept nur eine Zunahme der Verschuldung zu entnehmen.

Trotz großer Sparanstrengungen und Einnahmeverbesserungen in den letzten Jahren, z.B. Personalabbau, Schließung unseres Hallenbades, Übernahme von Aufgaben durch Ehrenamtliche, Steuererhöhungen u.a., konnte kein struktureller Haushaltsausgleich erreicht werden.

Die enormen Einnahmeausfälle und die erhöhten Ausgaben, die durch die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise bedingt sind, zeigen uns, dass wir durch eigene Anstrengungen allein auf unabsehbare Zeit nicht in der Lage sein werden, das Recht auf kommunale Selbstverwaltung auch nur in Ansätzen wahrzunehmen.

Damit ist ein Eckpfeiler der demokratischen Grundordnung unseres Staates für uns Marienheider Bürgerinnen und Bürger eingestürzt.

Sie und die von Ihnen repräsentierte Institution haben Einfluss und damit Möglichkeiten, unsere Situation zu verbessern.

Wir rufen Sie daher auf, sich für die Ziele der Resolution des Präsidiums des Deutschen Städte- und Gemeindebundes vom 1.Dezember 2009

„Rettunsgschirm für Städte und Gemeinden aufspannen – Investitionskraft stärken – Wachstum ermöglichen“

mit ganzer Kraft einzusetzen.

Wir vertrauen darauf, dass Sie Ihre gesellschafts- und staatspolitische Verantwortung wahrnehmen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage: Resolution des Deutschen Städte- und Gemeindebundes vom 01.12.2009

Mit freundlichen Grüßen

Der Hauptgeschäftsführer

Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen

Städte- und Gemeindebund NRW • Postfach 10 39 52 • 40030 Düsseldorf

Postfach 10 39 52 • 40030 Düsseldorf
Kaiserswerther Straße 199-201
40474 Düsseldorf
Telefon 0211 • 4587-1
Telefax 0211 • 4587-211
E-Mail: info@kommunen-in-nrw.de
pers. E-Mail: Claus.Hamacher@kommunen-in-nrw.de
Internet: www.kommunen-in-nrw.de

Aktenzeichen: IV/1 900-07 ha/do

Ansprechpartner: Beigeordneter Hamacher,
Hauptreferent Wohland
Durchwahl 0211 • 4587-220/255

7. Dezember 2009

Schnellbrief 167/2009

An die
Mitgliedsstädte und -gemeinden

Resolution des Deutschen Städte- und Gemeindebundes – Rettungsschirm für Städte und Gemeinden

Sehr geehrte Damen und Herren Bürgermeisterinnen und Bürgermeister,

die Entwicklung der kommunalen Finanzen ist zurzeit das beherrschende Thema in unseren Mitgliedstädten und –gemeinden. Die Folgen der seit Jahrzehnten andauernden strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen treten durch die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise immer deutlicher hervor. Trotz rigoroser Sparanstrengungen sind die Kommunen immer weniger in der Lage, ihre Haushalte auszugleichen.

Massive Einbrüche bei den Erträgen gehen einher mit immer höheren Sozialausgaben. Allein in NRW sind die Kassenkredite auf über 16 Mrd. Euro geradezu explodiert.

Eine grundlegende Kehrtwende dieser Entwicklung, die kommunale Daseinsvorsorgeleistungen in Frage stellt und die die kommunale Selbstverwaltung insgesamt bedroht, ist derzeit nicht erkennbar.

Das Präsidium des Deutschen Städte- und Gemeindebundes hat – nicht zuletzt auf Initiative des Städte- und Gemeindebundes NRW – diese Situation zum Anlass genommen, die anliegend beigefügte Resolution vom 01.12.2009 zu verabschieden.

Der Städte- und Gemeindebund NRW wird sich mit ganzer Kraft für die Umsetzung dieser Forderungen einsetzen und hofft dabei auf Ihre Unterstützung!

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Bernd Jürgen Schneider

Anlage

Diesen Schnellbrief und weitere tagesaktuelle Informationen, Gesetzesvorlagen und -texte, Mustersatzungen und -dienstanweisungen etc. aus dem kommunalen Bereich finden Sie im kostenlosen Intranet des StGB NRW. Die Zugangsdaten hierfür erhalten Sie im Hauptamt Ihrer Kommune.

DStGB
Deutscher Städte- und Gemeindebund

Resolution des Präsidiums
des Deutschen Städte- und Gemeindebundes vom 1. Dezember 2009

Rettungsschirm für Städte und Gemeinden aufspannen Investitionskraft stärken – Wachstum ermöglichen

Die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sind in den Städten und Gemeinden immer deutlicher zu spüren. Steuereinnahmen brechen dramatisch ein, gleichzeitig explodieren die Sozialausgaben. Kommunen sollen Kinder betreuen und für Sicherheit sorgen, Schulen sanieren und Abwasser beseitigen, Sozialhilfe zahlen und mit Investitionen das örtliche Handwerk stärken – kurzum ein attraktives Umfeld vor Ort garantieren.

Diese Leistungen werden von Bund und Ländern den Kommunen auferlegt und gleichzeitig werden den Bürgerinnen und Bürgern immer weitere Leistungen versprochen: Im Rahmen eines Rechtsanspruches sollen innerhalb weniger Jahre Hunderttausende von Krippenplätzen geschaffen werden, Kommunen sollen mehr für Bildung tun, investieren und zum Klimaschutz beitragen. Gleichzeitig fordern Staat und Gesellschaft bürgerfreundliche Kommunen und eine Neuausrichtung der Kommunen für die älter werdende Gesellschaft.

Wie das vor dem Hintergrund der dramatischen Finanzlage realisiert werden kann, bleibt völlig offen.

Die Schere zwischen wegbrechenden Einnahmen und explodierenden Ausgaben der Kommunen wird sich in den nächsten Jahren weiter öffnen. Die Finanzkrise bestimmt längst die politischen Entscheidungen vor Ort. Pflichtaufgaben und Personallasten könnten oftmals nur durch Kassenkredite finanziert werden.

Allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres stiegen die Kassenkredite um +2,8 Milliarden Euro auf 32,6 Milliarden Euro an. Inzwischen liegt der Anteil der Kassenkredite an der Gesamtverschuldung der Kommunen bei 41 Prozent! Damit muss die heutige Lebensqualität von den folgenden Generationen finanziert werden – eine unverantwortliche Entwicklung.

Die kommunale Selbstverwaltung ist akut in Gefahr! Die vermehrte gesetzliche Aufgabenzuweisung durch Bund und Länder sowie zunehmende Qualitätsanforderungen ohne angemessenen finanziellen Ausgleich führen zu einer dramatischen Überlastung der Kommunen. Attraktivität und Lebensqualität für Bürger und Unternehmen werden damit in Frage gestellt. Die Kommunen werden ihre öffentlichen Aufgaben in Zukunft nicht mehr in dem Umfang und der Qualität erfüllen können. Dies hat auch gravierende Auswirkungen für Staat und Gesellschaft.

Angesichts dieser prekären Lage fordern die deutschen Städte und Gemeinden einen Rettungsschirm und ein dauerhaftes kommunales Konsolidierungspaket. Hierzu gehören

- Deutliche Erhöhung der Bundesbeteiligung bei den Kosten der Unterkunft für SGB II-Empfänger.
- Kompensation der Steuermindereinnahmen der Städte und Gemeinden im Rahmen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes.
- Kurzfristige Überbrückungshilfen für mindestens zwei Jahre, damit Städte und Gemeinden in der Krise im Interesse von Staat und Gesellschaft handlungsfähig bleiben.
- Kurzfristige Einführung eines Bundesteilhabegeldes für Menschen mit Handicap.
- Finanziell unterlegtes Bekenntnis des Bundes, dass es sich bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt.
- Ein dauerhaftes Konzept, das die Finanzierung der gesetzlichen Aufgaben der Kommunen ohne immer neue Schulden sichert, dazu gehört auch eine starke Gewerbesteuer.

Das Präsidium des Deutschen Städte- und Gemeindebundes fordert, den Weg aus der Krise gemeinsam zu gehen und kurzfristig einen

Kommunalgipfel von Bund, Ländern und Kommunen einzuberufen.

Dieser muss zur Lösung der drängenden Probleme zusammenkommen, um einen Rettungsschirm aufzuspannen, der die Investitionskraft der Kommunen stärkt, Wachstum ermöglicht und die Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden sichert.